

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 79 (1985)
Heft: 6

Artikel: Protestantismus, soziale Frage und Sozialismus im Kanton Zürich (1830-1914)
Autor: Barth, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143197>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Protestantismus, soziale Frage und Sozialismus im Kanton Zürich (1830–1914)

Das Urteil über die Rolle der Kirchen angesichts der sozialen Frage¹ zur Zeit der Jahrhundertwende ist längst gefällt: Es wird in der Literatur meist von einem Versagen gesprochen.

Das Verhältnis der Kirchen zur sozialen Frage ist deshalb keineswegs ein rein historisches Problem. Die Frage, in welchem Mass und mit welchen (politischen) Mitteln die Kirchen zu sozialem Engagement verpflichtet sind, ist auch in der Gegenwart noch aktuell. Für Vereinigungen wie «Christen für den Sozialismus» oder «Kirche wohin?» ist diese Thematik heute ein zentrales Anliegen ihres Wirkens. Auch Tagungen der Sozialdemokratischen und der Freisinnigen Partei befassten sich im vergangenen November und Dezember mit Themen wie «Kirche und Politik», «Landeskirchen und soziale Gerechtigkeit», «Kirche und Rechtsstaat»². – Anwendungsfelder solcher Überlegungen sind gegenwärtig das Verhältnis zur Dritten Welt, die Friedensfrage, die Arbeitslosigkeit und die Ausländer- und Asylproblematik.

Bereits 1908 unterschied der Theologe Rudolf Liechtenhahn³ zwei Hauptströmungen innerhalb des Christentums in bezug auf das sozialpolitische Engagement: Er sprach von einem «kirchlichen» und einem «prophetischen» Religionsverständnis. (Auch wenn diese beiden Begriffe nicht sehr glücklich gewählt sind, so sind Liechtenhahns Charakterisierungen auch heute noch aktuell.) Die Vertreter der ersten Richtung legen das Schwergewicht auf den kultischen Aspekt; sie pflegen religiöse Überzeugungen, Gefühle und Weltanschauungen, achten auf Kenntnis der Überlieferungen und legen Wert auf die Gemein-

schaft. Die «kirchliche» Religion ist zwar nicht gleichgültig gegenüber den äusseren Verhältnissen, wichtiger ist jedoch die richtige Gesinnung, die Voraussetzung jeglicher Veränderung sein muss. – Die Vertreter der «prophetischen» Religion dagegen lehnen die Pflege einer christlichen Gesinnung zwar nicht ab, erachten sie aber nur dann für wertvoll, wenn sie sich manifestiert. Der Ort der Äusserung ist die Arbeit in der Welt, die Erfüllung einer weltgeschichtlichen Aufgabe, die in der Erreichung der sozialen Gerechtigkeit besteht. Um dieses Ziel erstreben zu können, soll auch ein Bündnis mit Kräften, die sich nicht auf das Christentum berufen, geschlossen werden.

Die Dissertation, auf der dieser Aufsatz beruht⁴, beschränkte sich bewusst auf eine Aufarbeitung der Quellen. Die Parallelen zur heutigen Situation der Kirchen in bezug auf ihr umstrittenes sozialpolitisches Engagement sind in der Zwischenzeit noch deutlicher geworden als zum Zeitpunkt des Abschlusses der Arbeit (1981). Mit vorsichtigen Analogieschlüssen kann hier die Geschichtsschreibung als Basis für zukunftsgerechtes Handeln dienen. Diese Analogieschlüsse bleiben aber dem Leser vorbehalten. Ich greife im folgenden lediglich die Aspekte nochmals heraus, die sich dazu besonders eignen.

Kirche und soziale Frage

1. Das Problembewusstsein bei Pfarrern und Laien

Die Zürcher Theologen des 19. Jahrhunderts haben die zu ihrer Zeit herrschen-

den wirtschaftlichen und sozialen Zustände erstaunlich selten aus der Sicht des Evangeliums einer Prüfung unterzogen. Anstösse zur Beschäftigung mit der sozialen Frage entstanden eher unter dem Eindruck eines «sittlichen und religiösen Niedergangs» der Zürcher Bevölkerung, den die Pfarrer vor allem in den ersten zwei Jahrzehnten nach der Auflösung der alten Eidgenossenschaft (1798) zu beobachten glaubten. Unmittelbare Anschauung über die sozialen Verhältnisse erhielten die Theologen durch ihre Arbeit im Bereich des Armenwesens, zu der sie von Amtes wegen während des ganzen 19. Jahrhunderts in ihren Gemeinden verpflichtet waren. (Die Armenpflege ist häufig mit der Gemeindekirchenpflege identisch.)

Daneben gibt es aber eine ganze Reihe von Faktoren, die die Geistlichen bei der Ausübung ihrer sozialen Funktionen behindert haben: Zu nennen ist in erster Linie die tiefe Spaltung des Protestantismus in einen linken und einen rechten Flügel («Freisinnige» oder «Liberales» einerseits und «Positive» oder «Orthodoxe» andererseits). Die ausserordentlich heftige Polemik, die weit über das hinaus ging, was wir heute an Auseinandersetzungen zwischen einem sozialpolitisch engagierten kirchlichen Flügel und der fundamentalistischen Richtung erleben, hat tief in die Kirchgemeinden hineingewirkt und in einigen Kantonen (z.B. Genf, Waadt und Neuenburg) zu einer Spaltung der Kantonalkirchen geführt. Es lässt sich für den Kanton Zürich beispielsweise nachweisen, dass diese innerkirchlichen Spannungen direkt verhindert haben, dass die Landeskirche ein mit Deutschland vergleichbares Werk der Inneren Mission zustande brachte⁵. Besonders augenfällig ist auch, wie Kirchenrat und Kirchensynoden über Jahrzehnte hinweg durch innerkirchliche Strukturreformen (z.B. die Kirchengesetze von 1831 und 1861 oder die Liturgiereform) von sozialpolitischen Problemen abgelenkt wurden.

Ein weiterer hemmender Faktor ist – vor allem in Industriegemeinden – das Missverhältnis zwischen der Zahl der Gemeindeglieder und der ihnen zugeteilten Pfarrer. 5000–6000 Seelen auf einen Geistlichen sind keine Ausnahme.

Was das Problembewusstsein in den Gemeinden anbetrifft, so bestehen erst seit der Jahrhundertwende diesbezügliche Umfragen: 1911 werden die Gemeinden erstmals in der Geschichte der Zürcher Kirchenvisitationen aufgefordert, sich darüber zu äussern, was die Kirche angesichts der sozialen Frage unternehmen soll. Die Antworten sind vielfältig. Eindeutig feststellbar ist aber ein – wenig überraschendes – Stadt-Land-Gefälle. Die Bauern und der Pfarrer von Bonstetten finden beispielsweise, «durch grosse Sparsamkeit und Solidarität sollten sich die Arbeiter selbst helfen». Und der Seelsorger von Dällikon berichtet, dass seine Gemeindeglieder vorderhand von einem Achtstundentag nichts wissen wollten: «sie sind vielmehr noch immer mit dem Psalmsänger der Meinung, unser Leben sei köstlich gewesen, wenn es Mühe und Arbeit gewesen». Aus der Gemeinde Schwamendingen-Oerlikon heisst es dagegen, die Kirche habe sich mit allen Kräften an der sozialen Frage zu beteiligen, ja, diese sei sogar «das Herzstück der religiösen Frage».

Diese Visitation von 1911 deckt aber auch Spannungen innerhalb der Gemeinden auf: Pfarrer Baumann aus Wald berichtet, die meisten Fabrikanten hätten sein sozialpolitisches Engagement mit «ostentativem Fernbleiben vom Gottesdienst» quittiert.

2. *Die Diskussion der sozialen Frage in Pfarrkreisen*

Bei der theoretischen Erörterung der sozialen Frage durch die Pfarrer lassen sich zwei Phasen feststellen: Bis etwa 1860 sprechen sie von Pauperismus. Bei der Analyse der Ursachen gehen sie moralisierend, psychologisierend und personalisierend vor: Armut ist die Folge von be-

stimmten Verhaltensweisen: Unglaube, Trunksucht, Unmoral u.ä. Das System des Frühkapitalismus wird weder durchschaut noch kritisiert.

In der zweiten Phase (nach 1860) liefern einige Pfarrer wichtige Beiträge zur Lösung der sozialen Probleme. Sie entwickeln und propagieren Ideen im Bereich des Spar- und Versicherungswesens und fordern staatliche Massnahmen zugunsten der Arbeitnehmer (Arbeitszeitbeschränkung, Minimallohnforderungen).

Auffallend ist allerdings, dass die Landeskirche weder ein eigentliches Sozialprogramm noch eine grundsätzliche Definition der kirchlichen Aufgaben in der industrialisierten Umwelt formuliert hat – im Gegensatz etwa zur katholischen Kirche (Enzyklika «Rerum novarum» von 1891) oder zur Methodistenkirche (Sozialprogramm von 1908).

3. Soziale Fürsorge und Innere Mission

Die Innere Mission ist fast ausschliesslich das Werk des positiven Flügels der Landeskirche, der durch seine Evangelische Gesellschaft eine Vielzahl von Hilfswerken aufbaut (z.B. Armenverein, Stadtmission, Lesesäle und Weiterbildungsmöglichkeiten für Handwerker und Arbeiter, Gesellenherbergen, religiöse Leihbibliotheken, Kranken- und Diakonissenanstalt Neumünster, Sonntagschulen und christliche Jugendverbände etc.).

So eindrucksvoll diese Sozialarbeit ist, so muss doch angemerkt werden, dass sie nur Einzelhilfe leistete und keine konsequente Sozialreform anvisierte. Auch eine kausale Beziehung zwischen den Daseinsbedingungen der Arbeiterbevölkerung und ihrem Verhältnis zu Kirche und Religion wurde nicht erkannt.

4. Sozialreform und Sozialpolitik

Auffallend stark ist der Einsatz der Pfarrer für die Durchsetzung des arbeitsfreien Sonntags in der Industrie, im Gewerbe und im Transportwesen. Bei diesem

Engagement genossen sie sogar die Unterstützung der Arbeiterbewegung. Freilich haben die Gewerkschafter nicht genau dasselbe Ziel wie die Pfarrer. Den Vertretern der Kirche geht es um Sonntagsheiligung und Gottesdienstbesuch, denjenigen der Arbeiterschaft um die Sicherung eines regelmässigen arbeitsfreien Tages zur Erholung.

Im Gegensatz zum Katholizismus haben die Versuche, eine evangelische Gewerkschaft und Partei aufzubauen, vor dem Ersten Weltkrieg wenig Erfolg. Zwar bestehen seit den neunziger Jahren evangelische Arbeitervereine und seit 1906 eine Schweizerische evangelisch-soziale Unterstützungskasse; ihre Mitgliederzahlen bleiben (für die ganze Schweiz) jedoch auf wenige hundert Personen beschränkt. Erst um 1920 gelingt als Folge der verschärften sozialen Konflikte die Gründung eines stärkeren Schweizerischen Verbandes evangelischer Arbeiter und Angestellter (SVEA) sowie der Evangelischen Volkspartei.

Vier Faktoren dürften massgebend sein, dass sich evangelische Arbeiter weniger leicht in christlichen Verbänden mobilisieren liessen als die katholischen:

1. Für die reformierten Arbeiter wurde die Unvereinbarkeit von Christentum und Sozialismus nie in der verpflichtenden Form verkündet, wie dies «Rerum novarum» für die Katholiken tat.

2. Die reformierten Gemeindepfarrer haben, abgesehen von wenigen Ausnahmen, keine Initiativen zur Gründung lokaler Gewerkschaften ergriffen.

3. Ein höherer Anreiz zum Zusammenschluss der katholischen Arbeitnehmer bestand wegen ihrer Minderheitenposition in der konfessionellen Diaspora der Industriekantone.

4. Mit Paul Brandt, Paul Pflüger, Albert Reichen und später den religiös-sozialen Pfarrern wiesen mehrere reformierte Theologen schon früh den Weg einer möglichen Verbindung von Christentum und Sozialismus.

Grundsätzlich hat die Zürcher Lan-

deskirche in der untersuchten Periode darauf verzichtet, vor Volksabstimmungen, die nicht das Kirchenwesen betreffen, eine Parole herauszugeben. Eine Ausnahme bildete die Abstimmung über das Eidgenössische Kranken- und Unfallgesetz von 1912, das vom Kirchenamt zur Annahme empfohlen wurde.

Als Privatpersonen haben die Zürcher reformierten Geistlichen in einem hohen Mass an der Politik teilgenommen, und sie bildeten im Kantonsrat sowohl unter den Liberalen wie unter den Demokraten eine beachtliche Minderheit. Führende Vertreter der Demokraten wie Gottlieb Ziegler oder der spätere Winterthurer Stadtpräsident Salomon Bleuler haben ihr Pfarramt aufgegeben, um sich ganz der Politik zu widmen, wobei sie der Sozialgesetzgebung besondere Aufmerksamkeit widmeten.

Pfarrer und Sozialismus

Man kann die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus zwischen 1830 und 1914 in vier Phasen einteilen:

1. Der Frühsozialismus wird von den Vertretern der Kirche als Bedrohung empfunden, als ein Einbruch in ihr Weltanschauungsmonopol. Eine Gesprächsbereitschaft ist kirchlicherseits nicht festzustellen. Typisch dafür ist der Fall Weitling: Der deutsche Handwerker Wilhelm Weitling wollte 1843 sein Buch «Evangelium eines armen Sünders» in Zürich herausgeben. Er versprach, anhand von mehr als hundert Bibelstellen den Beweis zu erbringen, «dass die kühnsten Folgerungen der freisinnigsten Ideen ganz im Einklang mit dem Geiste der Lehre Christi sind». Der Kirchenrat erstattete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft; Weitling wurde wegen «Gotteslästerung» verurteilt und später ausgewiesen.

2. Mit dem neuen Aufschwung, den der Sozialismus nach 1860 nimmt, anerkennen einzelne Pfarrer, vor allem der liberalen Gruppe (z.B. Conrad Wilhelm Cambli, Konrad Furrer und Salomon

Bleuler), die Berechtigung sozialdemokratischer Forderungen an. Sie lehnen eine Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Kirche ab. Das Eigentumsverständnis, der Revolutionsgedanke, der Atheismus und die freieren Moralvorstellungen im Sozialismus hindern sie aber an einer stärkeren Identifizierung mit dieser Bewegung.

3. Diese Hemmungen legen wenigstens zwei Zürcher Pfarrer um 1895 ab und treten der Sozialdemokratischen Partei bei: der Winterthurer Pfarrer Albert Reichen (1864–1929) und Paul Pflüger (1865–1947), der vor allem im Zürcher Aussersihl wirkt. Sie kritisieren das kapitalistische Wirtschaftssystem und unterstützen die Partei in ihrer politischen Arbeit.

4. Die Religiös-Sozialen schliesslich kritisieren die bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen ebenfalls; ein Teil von ihnen nimmt auch am politischen Kampf teil. Sie beurteilen die soziale Frage und den Sozialismus aber stärker aus einer theologischen Sicht. Leonhard Ragaz verwirft den Kapitalismus als ein dem Evangelium nicht entsprechendes Wirtschaftssystem. Eine sozialistische Gesellschaft kommt nach seiner Meinung dem christlichen Ideal näher. Für Hermann Kutter sind die Sozialdemokraten unbewusst das Werkzeug Gottes, das als Ferment in der Gesellschaft die Rolle übernimmt, der das Christentum nicht mehr gerecht wird.

Sozialdemokratie und Kirche

Der Frühsozialismus weist bekanntlich noch starke christliche Elemente auf. Auch die in Zürich wirkenden Sozialisten greifen bei der Propagierung ihrer Ziele anfangs auf christliche Glaubensinhalte zurück. Diese religiösen Signale des Frühsozialismus werden von der Kirche aber nicht aufgenommen. Kein Wunder, denn die Botschaft dieser Frühsozialisten enthält gleichzeitig eine scharfe Anklage gegen die institutionalisierte Kirche. Sie besteht namentlich im Vorwurf, das

herrschende Christentum entspreche – im Gegensatz zum Urchristentum – nicht mehr der biblischen Lehre. Es lasse sich dazu missbrauchen, die bestehenden ungerechten gesellschaftlichen Verhältnisse zu zementieren.

In einer zweiten Phase, die etwa Mitte der sechziger Jahre einsetzt, wird diese Kritik am Christentum auf die Religion prinzipiell übertragen. Die Blätter der Zürcher Sozialdemokraten führen nun eine scharfe Polemik gegen die Kirchen, deren Klassencharakter unterstrichen wird. Die Politik der Sozialdemokraten tendiert auf die Verdrängung der Religion aus dem öffentlichen Leben. Eine Entschärfung tritt kurz vor der Jahrhundertwende ein. Einzelne Pfarrer und Laien leben nun eine bewusste Verbindung von Christentum und Sozialismus vor.

Interessant und ambivalent ist das Verhältnis zum Christentum in den Biographien einzelner Sozialisten. Man stellt immer wieder fest, dass sie am scheinbaren Widerspruch von biblischer Schöpfung und christlichem Weltbild einerseits und von Darwinismus und naturwissenschaftlichen Erkenntnissen andererseits ihren Glauben verlieren. Es gelingt der christlichen Verkündigung der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts offensichtlich nicht, ein verbindendes Verständnis zu schaffen. Die sozialistische Presse hat deshalb einigen Erfolg bei der Verbreitung eines scientistischen Positivismus.

Arbeiter und Kirche

Die Verständigung zwischen Arbeitern und Kirche war durch mehrere Faktoren vorbelastet:

1. durch die Rolle der Pfarrer im Ancien Régime, wo sie dank ihrer weltlichen Aufgaben, die sie neben ihren geistlichen hatten, zum vornherein als Vertreter der Obrigkeit, der Aristokratie, galten. Dieses Image wirkte auch noch im 19. Jahrhundert nach;
2. durch das grosse Statusgefälle zwischen Pfarrern und Arbeitern;
3. durch die mangelnde Vorbereitung

der Pfarrer auf die sozialen Fragen während ihres Studiums.

Die Arbeiter ihrerseits waren der Kirche durch ihr Ruhebedürfnis am Sonntagmorgen, durch das Gefühl des Ausgeschlossenenseins und durch Sprache und Kleidung entfremdet. Die Visitationsberichte des 19. Jahrhunderts sind dementsprechend voll von Bemerkungen, wonach die Arbeiter die «unkirchlichste» Schicht der Bevölkerung sei. Auffallend ist jedoch, dass die Aufrufe zum Kirchenaustritt der Freidenkerbewegung, die besonders nach 1906 aktiv wird, ein im Vergleich zu Deutschland sehr geringes Echo finden. Auch wenn die Ausgetretenen zu rund 60 Prozent Arbeiter sind, so erreicht die jährliche Gesamtzahl in der Stadt Zürich nie auch nur die Promillegrenze der evangelischen Bevölkerung. Dies ist übrigens ein auffallender Befund, der schon von Zeitgenossen im 19. Jahrhundert vermerkt wurde: Die Schweizer Arbeiter wie die führenden Sozialisten sind im Vergleich zu ihren – in der Schweiz recht zahlreichen – deutschen Kollegen in der Kirchen- und Religionskritik gemässiger und nur schwer zum Kirchenaustritt zu bewegen.

Sicher hat dazu das Wirken sozialdemokratischer oder sozial engagierter Theologen, wie das des «Genossen Pfarrer Paul Pflüger» im Arbeiterquartier Aussersihl (1898–1910) oder eines Hermann Kutter in Zürich-Neumünster beigetragen.⁶ Wenn es um die Anstellung solcher Theologen in Kirchgemeinden ging, wurde unvermutet auch die Sozialdemokratische Partei aktiv (erstmalig 1897), die ihre Mitglieder zu Kampfwahlen in die Versammlungen der Kirchgemeinden schickte, auch wenn diese dort nie zuvor Zutritt gesucht hatten. In einigen Gemeinden entstanden sogar «Vereine sozialistischer Kirchgenossen», die sich als dritte Fraktion zu den Liberalen und Positiven gesellten.

Es sollte dann aber der religiös-sozialen Bewegung vorbehalten bleiben, in der Zwischenkriegszeit zum Sammel-

becken politisch linksorientierter Christen zu werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich zwar einzelne Kirchenvertreter – Pfarrer wie Laien – mit der sozialen Frage auseinandergesetzt haben. Die kirchenleitenden Gremien (Kirchenrat und Synode) jedoch haben zu wenig getan, um die sozialen, materiellen und seelischen Auswirkungen der Industrialisierung wenigstens zu mildern. Es fehlte bei ihnen die Gesamtschau, die umfassende Analyse der Folgen der Industrialisierung und vor allem die Fähigkeit, die kirchliche Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen und sie zur Lösung der sozialen Frage zu mobilisieren.

1 Damit ist die Summe der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen gemeint, die sich am Ende des 18. und im 19. Jahrhundert im Zuge des Wandels von der feudalen Agrar- zu einer kapitalistischen Industriegesellschaft abspie-

len: Die traditionellen Agrarverfassungen und die Zunftordnungen werden aufgelöst, und die maschinelle Produktionsweise gewinnt an Bedeutung. Parallel dazu sind im demographischen Bereich Wanderungserscheinungen und eine starke Bevölkerungsvermehrung festzustellen. Breite Schichten, namentlich der sich herausbildende «Arbeiterstand», geraten in wirtschaftliche Unsicherheit und Not.

- 2 Kirchenbote des Kantons Zürich, Nr. 1A, 1. Januar 1985.
- 3 Rudolf Liechtenhahn, Soziale Religion. 3 Vorträge, Basel 1908.
- 4 Unter dem Titel «Protestantismus, soziale Frage und Sozialismus 1830–1914» erschienen im Theologischen Verlag Zürich.
- 5 Die Innere Mission ist nach der Definition von J.H. Wichern von 1849 «die gesamte Arbeit . . . welche diejenigen Massen in der Christenheit innerlich und äusserlich erneuern will, die der Macht und der Herrschaft des aus der Sünde direkt oder indirekt entspringenden äusseren und inneren Verderbens anheimgefallen sind, ohne dass sie . . . von den jedesmaligen geordneten christlichen Ämtern erreicht werden».
- 6 In Deutschland dagegen verloren noch um 1900 sozialdemokratische Pfarrer ihr Amt auf Veranlassung der Konsistorien.

Die Geschichte des Ketzertums ist sowohl vom Katholizismus als vom offiziellen Protestantismus verschwiegen oder durch Entstellung und Verleumdung zugedeckt und unwirksam gemacht worden. Man wird aber behaupten dürfen, dass sie die eigentliche Geschichte Jesu, die eigentliche Geschichte der Sache Christi sei. Sie ist zwar quantitativ unwichtiger als die offizielle Geschichte, aber sie ist vielleicht qualitativ wichtiger. Es ist besonders der Fehler des offiziellen Protestantismus, dass er diese fortgehende Reformation der Sache Christi, die eine Revolution ist, stark übersieht. . . Und der Schreibende . . . ist der Meinung, dass eine an der wirklichen und ursprünglichen Sache Christi orientierte Geschichtsdarstellung nicht, wie das bisher geschehen ist, von der offiziellen und kirchlichen Linie ausgehen und die Ketzerlinie als sekundär, wenn nicht gar als Irrtum betrachten sollte, sondern umgekehrt von dieser Ketzerlinie als der Vertretung und steten Erneuerung der Sache Christi ausgehen und die andere als sekundär, als Irrtum und zum Teil als Abfall darstellen müsste. Denn das Reich ist schliesslich auch in dieser Geschichte die Hauptsache, nicht die Kirche.

(Leonhard Ragaz, Die Geschichte der Sache Christi, Bern 1945, S. 133/134)